



NEWSLETTER 07/2014

FORUM | MIGRATION



Union sägt an EU-Freizügigkeit

Arbeitssuchende EU-Bürger sollen nach sechs Monaten ausgewiesen werden können

Die Union will den Bezug von Sozialleistungen durch EU-Bürger in Deutschland erschweren. Kurz vor der Europawahl brachte die CSU einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat ein, Unionsfraktion im Bundestag und Bundesinnenministerium präsentierten Pläne für einen Gesetzentwurf.

Unter anderem wollen sie das Aufenthaltsrecht von EU-Bürgern zur Arbeitssuche befristen: Wer länger als sechs Monate eine Arbeit sucht, soll ausgewiesen werden können – es sei denn, es besteht begründete Aussicht auf eine Anstellung.

Ausländischen Staatsangehörigen soll die Wiedereinreise bis zu fünf Jahre lang verweigert werden können, wenn sie sich das Aufenthaltsrecht in Deutschland „erschlichen“ haben. Zudem will die Union den Bezug von Kindergeld im Ausland lebender Kinder erschweren. Bei deren Eltern handelt es sich allerdings oft um Saisonkräfte, die steuerpflichtig sind und deshalb einen Anspruch auf die Zahlungen haben – ebenso wie Deutsche im EU-Ausland.

Der Entwurf ist bislang nicht im Kabinett abgestimmt. Er beruht auf Vorschlägen einer Staatssekretärsrunde der Regierung. Die hatte im März einen ersten Zwischenbericht zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger vorgelegt. Die erste Lesung des Gesetzes soll noch vor der Sommerpause stattfinden.

Belege für verstärkten Zuzug in die deutschen Sozialsysteme gibt es derweil nicht. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat festgestellt, dass Mitte 2013 nur 10 Prozent aller Bulgaren und Rumänen in Deutschland Hartz IV bezogen.

„Der Entwurf ist fast ausschließlich parteipolitisch begründet“, sagt das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Er folge der „von der CSU losgetretenen populistischen Kampagne gegen die Freizügigkeit von Unionsbürgern“. Wiedereinreisesperren und Strafverschärfungen seien kein geeigneter Beitrag zur Bewältigung der mit der Freizügigkeit verbundenen Herausforderungen, sagte Buntenbach. Lohn- und Sozialbetrug würden so nicht bekämpft. „Auch der von Bayern in den Bundesrat eingebrachte Antrag zeigt, dass es um die Einschränkung und nicht um die Gestaltung der Freizügigkeit geht.“

INHALT 07/2014

Union sägt an EU-Freizügigkeit	1
Lohnbetrug an Menschen in Zwangslagen	2
„Wir können mehr!“	2
Fleischindustrie	2
„Mitte“-Studie	3
Ökumenisch	3
Themenjahr	3
Gründung	3
2013 höchste Zuwanderung seit 20 Jahren	3
Stärkung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte: Leitlinie der Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik – Kommentar von Reiner Hoffman, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes	4



Lohnbetrug an Menschen in Zwangslagen

Projekt Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung

„Wer Menschenhandel hört“, sagt Luiza Lupascu, „der denkt fast immer an sexuelle Ausbeutung und Prostitution.“ Das sei nicht falsch, doch von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung seien auch viele andere Menschen betroffen. „Wir beobachten das in sehr vielen Branchen: Im Bausektor, in der Fleischindustrie, bei Pflegekräften, bis hin zu Au Pairs.“

Seit 2012 arbeitet Lupascu beim Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung, an dem neben dem DGB Berlin-Brandenburg auch die Diakonie Wuppertal und das Rheinland-Pfälzische Ministerium für Integration beteiligt sind.

Eine erschöpfende Statistik gibt es nicht, das Dunkelfeld ist enorm groß. „Das Problem an die Oberfläche bringen und dafür sorgen, dass die Täter bestraft werden“, so beschreibt Lupascu ihre Aufgabe. „Damit stehen wir in Deutschland noch ganz am Anfang.“ Denn oft würden nicht einmal die Betroffenen

selbst sich als Opfer von Menschenhandel erkennen – von Polizei und Zoll ganz zu schweigen, weshalb das Bündnis unter anderem Strafverfolgungsbehörden schult.


„Leute, die von ihren Arbeitgebern nicht bezahlt werden, gibt es wie Sand am Meer“, sagt Lupascu. Damit man von Menschenhandel sprechen kann, müsse Zwang im Spiel sein: Etwa wenn der Pass weggenommen wird, wenn sich Beschäftigte für einen Job zu Wucherkonditionen verschulden müssen und diese als Druckmittel eingesetzt wird, wenn ein illegaler Aufenthaltsstatus ausgenutzt oder Gewalt angedroht oder angewandt wird. „Immer geht es dabei um Lohnbetrug“, sagt Lupascu. „Aus der Zwangslage der Beschäftigten wird ein ökonomischer Vorteil gezogen.“

Das sei auch für die noch sehr wenigen Beratungsarbeiter ein Problem: „Die meisten Opfer haben deswegen genau null Euro in der Tasche. Ihnen muss man erstmal Unterkunft und Verpflegung organisieren. Doch dafür gibt es keine Etats.“ Das Sozialamt oder

das Jobcenter springen erst ein, wenn es als erwiesen angesehen wird, dass die Betroffenen tatsächlich Opfer von Menschenhandel geworden sind und ihre Aussagen im Strafverfahren benötigt werden.

Neben flächendeckenden materiellen Beratungsangeboten und einer nationalen Beobachtungsstelle fordert das Bündnis auch eine effektivere Strafverfolgung. „Für Kontrollen ist insbesondere die Finanzkontrolle Schwarzarbeit zuständig, doch die kümmern sich vor allem um Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug“, sagt Lupascu. Solange die Behörden nicht viel stärker auch Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung in den Blick nehmen, würde es dabei bleiben, dass „die allerwenigsten Fälle überhaupt aufgedeckt werden, geschweige denn je vor Gericht kommen“.

 Informationen zum Bündnis gegen Menschenhandel: www.buendnis-gegen-menschenhandel.de

 Das DGB Projekt „Faire Mobilität“ bietet Infos und Beratung zu den Rechten mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: www.faire-mobilitaet.de

„Wir können mehr!“

Woche der Weiterbildung 2014

Die Beteiligung an Weiterbildung wächst – nicht aber bei Migrantinnen und Migranten. Jeder zweite Deutsche ohne Migrationshintergrund hat 2012 an Weiterbildung teilgenommen, bei den Deutschen mit Migrationshintergrund und den Ausländern war es nur jeder Dritte. Seit 2007 stieg der Anteil der Deutschen ohne Migrationshintergrund, die sich weiterbilden, um sechs Prozentpunkte – bei jenen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit sank oder stagnierte er.

Mit der „Woche der Weiterbildung“ versucht das Bildungswerk des DGB seit fünf Jahren, Anstöße zu geben, um diese Beteiligungslücke zu schließen – dezentral, und unter Beteiligung so vieler Akteure wie möglich. In diesem Jahr fand die Woche vom 19. bis zum 23. Mai statt. Bildungsträgern, Migrantenorganisationen aber auch Jobcentern bot das Bil-


dungswerk dazu Handreichungen und Materialien an; in ganz Deutschland wurden Veranstaltungen durchgeführt.

In Dortmund koordinierte Helga Piepenbrink vom Dortmunder Weiterbildungsforum (DWF) die Aktivitäten von über 25 Vereinen und Institutionen, die unter dem Motto „Wir können mehr“ standen. Zu einem Beratertag zum Thema Anerkennung von Qualifikationen erschienen mehr als 120 Besucher. „Die Fragen zu dem Thema sind da“, sagt Piepenbrink. „Viele Menschen haben im Ausland Berufe erlernt und fragen sich, wie sie hier ihre Zeugnisse anerkennen lassen können. Das ist aber oft nicht so einfach und da gibt es häufig falsche Vorstellungen.“

Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Vielfalt im Betrieb“ berichteten Beschäftigte aus Krankenhäusern von ihren Erfahrungen unter anderem mit dem „Mento“-Programm des DGB Bildungswerk

oder den Qualifizierungskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Den Abschluss der Woche bildete in Dortmund ein Aktionstag mit dem Verbund der sozial-kulturellen Migrantenselbstorganisationen. Der allerdings fand zeitgleich mit dem Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln statt. „Das hat uns die Beteiligung ziemlich verhaselt – fast alle Migranten haben Protestaktionen organisiert“, sagt Piepenbrink. Allerdings sei es „politisch natürlich zu begrüßen, dass die so aktiv sind.“

 Handreichung zur Woche der Weiterbildung: www.migration-online.de/2014_wdw

 MENTO-Programm des DGB Bildungswerk für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt: www.dgb-mento.de

Fleischindustrie

Bund und Länder beschließen Mindestlohn

Seit dem 1. Juli gilt auch in der Fleischwirtschaft ein Mindestlohn. Den Beschäftigten muss zunächst 7,75 € pro Stunde gezahlt werden, bis Dezember 2016 ist eine Steigerung in drei Stufen auf 8,75 € vorgesehen. Der Bundesrat bestätigte Ende Mai einen Parlamentsbeschluss, nachdem die Fleischwirtschaft ins

Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen wird. Das ermöglicht es, per Verordnung den im Januar geschlossenen Tarifvertrag für alle Unternehmen und alle Beschäftigten allgemein verbindlich zu erklären – auch für aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmer.

Claus-Harald Güster, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), nannte

den Beschluss einen „Meilenstein für die Branche“. Vor allem für viele tausend Menschen, die in Werkverträgen arbeiten, könnten nun die Löhne steigen.

Er forderte dringend die Besetzung der geplanten 42 zusätzlichen Stellen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, damit der Mindestlohn auch effektiv durchgesetzt werden könne.



„Mitte“-Studie

Rechtsextremismus geht zurück, Ausländerfeindlichkeit bleibt weit verbreitet

Die Verbreitung geschlossen rechtsextremer Weltanschauungen hat sich in Deutschland in den letzten zwölf Jahren halbiert. Trotzdem ist noch immer jeder fünfte ausländerfeindlich, 5 % sind antisemitisch eingestellt. Das stellen Forscher der Universität Leipzig in der neuen „Mitte-Studie“ fest.

Die Wissenschaftler erfragten dafür die Haltungen von 2.500 Menschen in Dimensionen wie Befürwortung einer Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder der Verharmlosung des Nationalsozialismus. Der Anteil jener, die dabei durchgehend rechtsextreme Positionen hatten, lag bei

5,6 %. 2002 waren es noch 9,7 % der Befragten. Rechtsextreme Einstellungen stoßen bei jungen Erwachsenen und Männern auf eine höhere Akzeptanz. Sie finden sich unter Wählern aller Parteien; die stärkste Anziehungskraft bei den Wählern mit einer ausländerfeindlichen, antisemitischen und chauvinistischen Einstellung habe neben den rechtsextremen Parteien die AfD.

Bildung sei immer noch der wichtigste Schutz vor rechtsextremen Einstellungen. Die Studie sieht einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Stärke und dem Rückgang rechtsextremer Auffassungen. „Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung ist mit Wirtschaftswachstum und Exportsteigerung so gut wie seit Jahren nicht mehr. Das stabilisiert die Mitte


der Gesellschaft“, sagt der Psychologe Oliver Decker.

Ausländerfeindlichkeit stellten die Forscher bei 18,1 % fest – ein Rückgang von etwa 8 % gegenüber 2002. Wo – wie im Osten – weniger Migranten lebten, sei die Diskriminierung von Ausländern stärker verbreitet. Sprunghaft angestiegen sind muslimen- und romafeindliche Einstellungen sowie die Ablehnung von Asylsuchenden. Mehr als ein Drittel war für ein Verbot der Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland. 2009 sagte das erst jeder Fünfte. Die Zahl jener, die der Ansicht sind, „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden“, kletterte zwischen 2011 und 2014 von 27,7 auf 47,1 %. 3/4 sind gegen eine großzügige Prüfung von Asylanträgen. 2011 war es erst ein Viertel der Befragten.

Ökumenisch

Interkulturelle Woche 2014

Die Interkulturelle Woche (IKW) findet in diesem Jahr vom 21. bis zum 27. September unter dem Motto „Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern“ statt. Die IKW ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von Kirchen, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Integrationsbeiräten und Migrantenorganisationen unterstützt. In mehr als 500 Städten und Gemeinden werden rund 4.500 Veranstaltungen durchgeführt. Der Tag des Flüchtlings ist Bestandteil der IKW.

 Materialien zur Vorbereitung und Durchführung:
www.interkulturellewoche.de

Themenjahr

„Gleiche Chancen. Immer“

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat 2014 zum Jahr gegen Rassismus unter dem Motto „Gleiche Chancen. Immer.“ erklärt. Dabei will sie vor allem über das Recht auf Schutz vor Diskriminierung aufklären. Für einen deutschlandweiten Aktionstag am 18. September ruft die Antidiskriminierungsstelle Vereine, NGOs, Unternehmen, Schulen, Universitäten zur Beteiligung auf und bietet auch die Finanzierung von Projekten an. Ausgewählte Aktionen werden von prominenten Botschafterinnen und Botschaftern des Themenjahres besucht.

 Informationen:
www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Home/home_node.html

Gründung

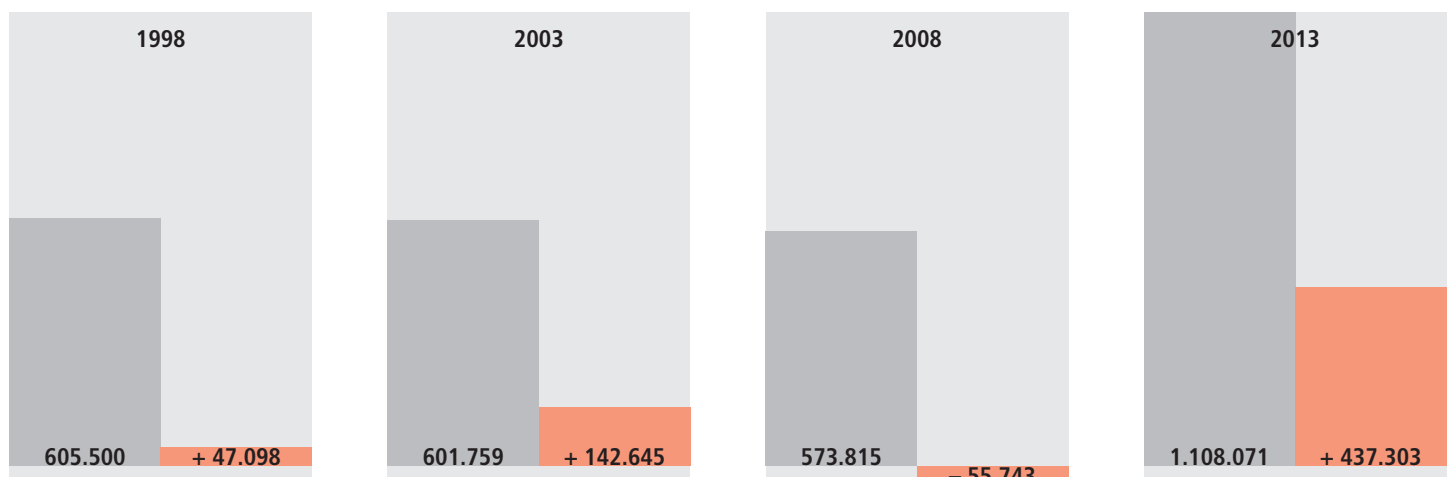
Stiftung gegen Rassismus

Die jährlichen „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ mit bundesweit rund 100.000 Teilnehmenden werden künftig von einer Stiftung geplant und koordiniert. Auf Initiative des früheren Präsidenten des DFB, Theo Zwanziger, haben der DGB, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, der Förderverein Pro Asyl und der Interkulturelle Rat die Antirassismus-Stiftung gegründet und mit einem Vermögen von 50.000 Euro ausgestattet. Zum Stiftungsrat gehören neben Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) auch Giovanni Pollice von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

 Informationen:
www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

2013 höchste Zuwanderung seit 20 Jahren

■ = Zuzüge ausländischer Personen nach Deutschland ■ = Wanderungssaldo zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland  Quelle: Statistisches Bundesamt





Stärkung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte: Leitlinie der Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik



© DGB/Simone M. Neumann

Kommentar von Reiner Hoffman, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Über eine Million Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zogen im letzten Jahr nach Deutschland. Der Großteil der Zugewanderten kommt aus EU-Mitgliedstaaten, vor allem aus Ost- und Mitteleuropa sowie aus den südeuropäischen Krisenländern. Auch die Zahl der Flüchtlinge hat sich weiter erhöht. 2013 wurden knapp 110.000 Anträge auf Asyl gestellt.

Mangelnde Perspektiven, Massenarbeitslosigkeit, Bürgerkriege, Verfolgung – das sind entscheidende Gründe für die Menschen, ihre Heimat zu verlassen und ihr Glück woanders zu suchen. Die immer noch stabile Konjunktur in Deutschland, verbunden mit niedrigen Arbeitslosenzahlen, nährt die Hoffnung vieler Menschen auf gute Beschäftigungs- und Lebensperspektiven.

Leider werden diese Hoffnungen oft enttäuscht. Das liegt zum einen an der Ausweitung der prekären Beschäftigung, zum anderen an der Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland, die die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung zum Ziel hat.

Viele Betriebe nutzen die schwierige Situation in den süd- und osteuropäischen EU-Staaten aus. Entsendete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt,

erhalten keinen Tariflohn oder werden gegenüber der Stammbesellschaft benachteiligt. In besonders schweren Fällen werden sie um ihren Lohn und ihre Sozialversicherungsbeiträge betrogen und unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht.

Möglich sind diese miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen, weil nationale und europäische Regelungen den Missbrauch der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit bzw. der Arbeitnehmerfreizügigkeit zulassen. Hinzu kommt, dass viele der aus anderen EU-Staaten stammenden Beschäftigten die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen und ohne Informationen über die Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte nach Deutschland vermittelt werden.

Deshalb müssen die Kontrollen der Arbeitsbedingungen ausgebaut und schärfere Sanktionen gegenüber Unternehmen und Vermittlern, die Lohn- und Sozialversicherungsbetrug betreiben, eingeführt werden. Und, dies zeigen auch die Erfahrungen des DGB-Projekts Faire Mobilität, wir brauchen mehr Beratung und Unterstützung bei der Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte.

Für uns als Gewerkschaften stehen der Schutz vor Verfolgung und Krieg, die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten, der Schutz vor Diskriminierung und nicht zuletzt die Schaffung gleicher Partizipationschancen im Mittelpunkt. Erst im Mai hat sich der DGB auf seinem Bundeskongress erneut zu diesen Zielen bekannt. Um sie zu erreichen, müssen vier Bedingungen erfüllt werden:

1. Wir brauchen einen politischen und kulturellen Wandel in der Gesellschaft, mehr Offenheit und eine Haltung, die Einwanderung als Bereicherung begreift.
2. Die Flüchtlingspolitik muss grundlegend reformiert werden. Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, brauchen Schutz und Sicherheit. Die Lebensbedingungen und -perspektiven von Flüchtlingen müssen verbessert, die Asylzuständigkeitsregelung geändert werden.
3. Die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten erfordert politischen Gestaltungswillen, der langfristige Perspektive bietet statt immer neue intransparente Regelungen unter Missachtung von Arbeitnehmerrechten zu schaffen.
4. Die ökonomischen und politischen Partizipationsmöglichkeiten für Zuwanderer müssen verbessert werden. Dazu gehört auch die vollständige Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeits-

recht und der Einführung des Wahlrechts für Drittstaatsangehörige, zumindest auf kommunaler Ebene.

Es gehört zum Selbstverständnis der Gewerkschaften, sich jeglicher Form von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit entschieden entgegenzustellen. Leider haben sich auch demokratische Parteien im Vorfeld der Europawahl zu populistischen Forderungen wie „keine Zuwanderung in die Sozialsysteme“ oder „wer betrügt, der fliegt“ hinreißen lassen. Horrorszenarien über Rumänen und Bulgaren wurden verbreitet, die angeblich massenhaft die Sozialsysteme missbrauchen würden. Mit der Wirklichkeit hat das alles nichts zu tun.

So lag die Arbeitslosenquote von Bulgaren und Rumänen im Januar 2014 bei zehn Prozent und damit sechs Prozentpunkte unter der aller ausländischen Staatsangehörigen. Einen ähnlichen Unterschied gibt es auch bei den Hartz-IV-Empfängern. Die Entgleisungen im Wahlkampf und der Erfolg populistischer Parteien bei der Europawahl zeigen, dass Integration und die Schaffung einer offenen Gesellschaft eine dauernde Aufgabe bleibt, zu der auch die Gewerkschaften ihren Beitrag leisten werden.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideel, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

